



## Offener Brief

Zum Haushalt 2016/17 des Gemeinderats Stuttgart

### „Sichere Mehrheit“ an der Demokratie vorbei!“

Die Gemeinderats-Fraktionen der Grünen und der CDU haben bis auf den cent genau zu finanzierende Projekte für die nächsten zwei Haushaltsjahre abgesprochen.

Mit ihrem Geheimpakt huldigen die beiden Parteien im Stuttgarter Rathaus in undemokratischer Art und Weise der Intransparenz sowie dem anstrengungslosen Durchregieren. Das ist alles andere als eine \*„Kooperation der Vernunft“, wie es Finanzbürgermeister Michael Föll verlauten ließ. Auch sein Argument, \*„So lasse sich vermeiden, dass die Fraktionen die meisten der 600 Anträge genehmigten und erst der Kassensturz vor der dritten Lesung für die nötige Ernüchterung Sorge“ lässt hinsichtlich Fölls Demokratie-Verständnis tief blicken. (\*Zitate: Stuttgarter Zeitung, „Kritik an schwarz-grüner Haushaltskoalition“, 29. Oktober 2015 Von Jörg Nauke )

Diese Absprache an den anderen Fraktionen und an der Demokratie vorbei mag zwar bequem sein. Der Deal ist aber dennoch ein grobes Foul. Damit hebt Schwarz-Grün die in einer echten Demokratie unentbehrliche Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Meinungen der anderen Fraktionen aus. Schlimm genug, dass selbst die einfachsten Grundlagen von Demokratie diesen Koalitionären offenbar unwichtig sind. Mehr noch sie entziehen sich jeglicher Kontrolle. Den anderen Fraktionen ist damit weitgehend die Möglichkeit zur Mitgestaltung des Haushalts sowie das Recht mitzureden genommen.

Das hat direkt Auswirkungen auf Anliegen aus der Bevölkerung, von Gruppen oder Initiativen. Der Erwerbslosentreff ver.di Stuttgart findet keine seiner Forderungen in Anträgen der „schwarz-grünen“ Koalition – wie z.B.:

- **der Wunsch nach einer unabhängigen Beratungsstelle für Erwerbslose**
- **die Beteiligung eines oder einer betroffenen Erwerbslosen im Beirat des Jobcenters, damit nicht nur über Betroffene geredet wird sondern mit ihnen**
- **die Einrichtung einer unabhängigen Schlichtungsstelle**
- **eine bessere Betreuung und Beratung – auf Augenhöhe - im Jobcenter**
- **die Übernahme der gesamten Stromkosten durch das Jobcenter, - oder mindestens Übernahme des Kostenanteils, der über der Regelsatzleistung liegt, zur Vermeidung von Stromsperrern.**

Welche Chance haben nun Anträge der Fraktionen – wie z.B. von SÖS-LINKE-PLuS – die sich dieser Forderungen angenommen haben?

**Dies kann nur ein Ansporn sein, alle wichtigen Forderungen, die nun unter den Tisch fallen, öffentlich bekannt zu machen und sich weiter dafür einzusetzen!**

Dezember 2015

